

MICHAEL KLEIN  
WESTDEUTSCHER PROTESTANTISMUS  
UND POLITISCHE PARTEIEN<sup>1</sup>

1. Die historischen Wurzeln des Verhältnisses zwischen dem Protestantismus und den politischen Parteien

Das Verhältnis des deutschen Protestantismus zu den politischen Parteien ist seit jeher zutiefst ambivalent gewesen. Mit der dialektischen Formulierung von der „Anti-Parteien-Mentalität im parteipolitischen Engagement“ lässt sich dieses Verhältnis auf den Punkt bringen. Doch haben sich seit der epochalen Zäsur des Jahres 1945 bedeutsame Veränderungen ergeben, wobei allerdings auch das Weiterwirken untergründiger geistiger Strömungen zu konstatieren ist.

Der Wechsel der Konstellationen in der politischen Kultur seit 1945 ist in der Tat beträchtlich. Er kann mit einigen Begriffen beschrieben werden: Auf der politisch-mentalenebene trat an die Stelle des „Okzidentalismus“<sup>2</sup> der Deutschen die „Westernisierung“<sup>3</sup>,

- 
- 1 Der Beitrag bietet die Darstellung von Ergebnissen aus der im Sommer 2003 an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal angenommenen Habilitationsschrift des Verfassers „Anti-Parteien-Mentalität im parteipolitischen Engagement. Historische Studien zum Verhältnis des westdeutschen Protestantismus zu den politischen Parteien von der ‚Stunde Null‘ 1945 bis zum Ende der ‚Ära Adenauer‘ 1963 und zu dessen Vorgeschichte“.
- 2 Der Begriff „Okzidentalismus“ wurde von Ian BURUMA und Avishai MARGALIT 2002 in den akademischen Diskurs über den 11. September 2001 gebracht (The New York Review of Books 49, 2002, S. 4–7) und meint in Analogie zum Begriff des „Orientalismus“ des Kulturwissenschaftlers Edward Said hier „a cluster of images and ideas of the West in the mind of his haters“ (4). Eine Haltung, deren bisher geschichtlich besonders wirksame Ausprägung Buruma und Margalit in der früheren deutschen politischen Kultur und deren abwertenden Wahrnehmung des Westens im Rahmen eines vermeintlichen Kampfes zwischen volkhaftem Gemeinschaftsbegriff und technisch-rationaler Zivilisation, zwischen „the Intellect (the West) and the Soul (Germany)“ (6), wie es der konservative Revolutionär der Weimarer Republik Edgar Jung

im geschichtlichen Entwicklungsgang endete der „deutsche Sonderweg“ und stattdessen wurde der „lange Weg nach Westen“ (Heinrich August Winkler) angetreten. Diesem neuen Weg korrespondierte in der Staatsphilosophie die Abkehr von der politischen Romantik aus dem Geiste der Gegenaufklärung hin zur demokratischen Gesinnung. Dies alles kann summarisch als ein Prozess der „Modernisierung im Wiederaufbau“<sup>4</sup> begriffen werden.

Ein „Blick zurück“ hinter das Jahr 1945 macht die Wurzeln des Verhältnisses des deutschen Protestantismus zu den politischen Parteien und dessen früh angelegte Anti-Parteien-Mentalität deutlich. Diese geistige Haltung ist eigentlich um so überraschender, als die Vorformen der politischen Parteien besonders im evangelisch-kirchlichen Raum entstanden. Theologische und kirchenpolitische Debatten im Vormärz erfüllten geradezu eine Stellvertreterfunktion für die verbotene Frage um eine politische Konstitution.<sup>5</sup> So wurde die Theologie, wie schon der zeitgenössische liberale Heidelberger Theologe Karl Bernhard Hundeshagen<sup>6</sup> erkannte, zum „Tummelplatz der Geister“<sup>7</sup>, deren politische Begabung sich nicht im Felde der allgemeinen Politik auswirken durfte und deshalb zunächst im kirchlichen Raum verblieb.

Die liberale Auffassung einer freien Volkskirche und die konservative Verteidigung der konsistorialen Behördenkirche sollte dann

---

formulierte, den Buruma und Margalit als Beispiel für diese Denkhaltung heranziehen, sehen.

- 3 Zur Westernisierung vgl. DOERING-MANTEUFFEL, Anselm: *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*. Göttingen 1999, S. 12–17.
- 4 Vgl. zur Thematik den gleichnamigen Sammelband SCHILDT, Axel/SYWOTTEK, Arnold: *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*. München 1999.
- 5 Vgl. MEHLHAUSEN, Joachim: *Theologie und Kirche in der Zeit des Vormärz*. In: Jaeschke, Walter (Hg.): *Philosophie und Literatur im Vormärz. Der Streit um die Romantik (1820–1854)*. Hamburg 1995, S. 67–85; S. 81.
- 6 NOWAK, Kurt: *Geschichte des Christentums in Deutschland. Religion, Politik und Gesellschaft vom Ende der Aufklärungszeit bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts*. München 1995, S. 119f.
- 7 Zitiert in: J. MEHLHAUSEN, *Theologie* (wie Anm. 5), S. 79.

weit über diese engere Verfassungsfrage hinaus eine Trennlinie zwischen Liberalismus und Konservatismus durch den Protestantismus ziehen, die in der Folgezeit auch die Bildung *einer* politischen protestantischen Partei auf Dauer verhinderte und stattdessen den Protestantismus in zwei sich kritisch bis feindlich gegenüberstehende neue „Konfessionen“ trennte<sup>8</sup>. Die politische Spaltung des Protestantismus war auch zutiefst ekklesiologischer Natur.

Anders als im Katholizismus, der die Parteibildung dankbar als Möglichkeit wahrnahm, sich als Minderheitsgruppe in der protestantisch geprägten deutschen Gesellschaft Gehör und Einfluss zu verschaffen, zeigten sich innerhalb des Protestantismus bald die inneren Hemmungen gegenüber den Parteien. Das betraf zunächst die christlich-(sozialen)<sup>9</sup> Konservativen, die aus ihrer romantisch-organologischen Staatsauffassung heraus eigentlich die Parteien als Vertreter von Teilinteressen ablehnten. Allgemein benutzten aber besonders die reaktionären Konservativen diese Organisationsform nun ebenfalls als Mittel zum Zweck, um ihre eigenen Interessen zu schützen. Diese bestanden oft genug darin, das, was man hatte, „möglichst langsam zu verlieren“<sup>10</sup>. So lautete jedenfalls der giftige Kommentar Ernst Ludwig von Gerlachs zum reaktionären „Junkerparlament“ der Ostelbier 1848.

Bald zeigte sich hier ein grundlegendes Dilemma innerhalb des Konservatismus: Der Konflikt zwischen christlichen Konservativen und politischen Reaktionären. Wollte man Einfluss ausüben, musste man sich der größeren reaktionären Gruppe anschließen, stand aber dann ständig in der Gefahr, die christlichen Ideale zu verraten. Das Ende war jeweils der frustrierte Austritt Einzelner oder ganzer

---

8 NIPPERDEY, Thomas: *Deutsche Geschichte 1800–1866*. München 1983, S. 423.

9 Zur Begrifflichkeit vgl. BUCHHEIM, Karl: *Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland*. München 1953.

10 Zitiert in: SCHULT, Richard: *Partei wider Willen. Kalküle und Potentiale konservativer Parteigründer in Preußen zwischen Erstem Vereinigtem Landtag und Nationalversammlung (1847/49)*. In: Stegemann, Dirk u. a. (Hgg.), *Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert (FS Fritz Fischer)*. Bonn 1983, S. 33–68; S. 43.

Gruppen aus dem größeren konservativen Verband. Dies lässt sich am Bismarck-Kritiker Ernst Ludwig von Gerlach zeigen, der zuletzt Mitglied der Zentrumsfraktion war, an Adolf Stoecker, der in der Deutsch-Konservativen Partei scheiterte und mit seiner Christlich-Sozialen Partei nur sehr bedingten Erfolg hatte, am Misserfolg des Vorsitzenden des Evangelischen Reichsausschusses in der DNVP, Reinhard Mumm, und am letztendlichen Austritt Christlich-Konservativer aus dieser Partei, nachdem dort Hugenberg die Macht übernommen hatte. Das Ergebnis waren einige Kleinstparteien, unter denen der Christlich-Soziale Volksdienst (CSVD) einzig erwähnenswert herausragte. Die „babylonische Gefangenschaft“ der Christlich-Sozialen bzw. Christlich-Konservativen im reaktionären Konservatismus war nur um den Preis der fast völligen Bedeutungslosigkeit zu verlassen.

Gerade die DNVP hatte die Hoffnungen der konservativen Protestanten zutiefst enttäuscht. Nachdem sich in der Partei die reaktionären Kräfte wegen ihrer Beteiligung an der Annexionspolitik des Kaiserreiches im Ersten Weltkrieg und wegen der unklaren Verhältnisse innerhalb der jungen Weimarer Republik zunächst zurückhielten, traten diese Kräfte bald wieder stärker hervor. Viele Kirchenleute, die als Abgeordnete der DNVP tätig gewesen waren, zogen sich nun „verdrossen und verbittert“<sup>11</sup> zurück. Der damalige Ravensburger Stadtpfarrer und Abgeordnete im württembergischen Landtag, Theophil Wurm, erinnerte sich später: „Aber im Laufe der Zeit spürte ich doch, dass unsereiner in diesem Milieu nicht viel ausrichten konnte“<sup>12</sup>. Der erste Vorsitzende des berufständischen Ausschusses evangelischer Geistlicher in der DNVP, der damalige Pfarrer in Berlin-Schöneberg, Otto Dibelius, distanzierte sich Ende der zwanziger Jahre von der sich nun offen reaktionär gebärdenden DNVP. Ein Angebot, für den CSVD zu kandidieren, wollte er nicht

---

11 MEHNERT, Klaus: *Evangelische Kirche und Politik 1917–1919. Die politischen Strömungen im deutschen Protestantismus von der Julikrise 1917 bis zum Herbst 1919.* Düsseldorf 1959, S. 149.

12 WURM, Theophil: *Erinnerungen aus meinem Leben.* Stuttgart 1953, S. 68.

mehr annehmen<sup>13</sup>. 1932 formulierte er auf einem Vortrag: „In Parteien zu denken, habe ich nicht gelernt. Ich kann, wenn es um die Politik geht, nur in den Kategorien des Vaterlandes und des Staates denken“<sup>14</sup>. Hier entstand die kritische Reserve dieser beiden führenden Gestalten des späteren Nachkriegsprotestantismus. Die Weimarer Republik sollte zwar den „politischen Prälaten“ kennen, dauerhaft jedoch nicht ein evangelisches Pendant. Unerfahren in den Strukturen der Parteien und der Politik überhaupt, zog sich der Protestantismus wieder auf eine Anti-Parteien-Haltung zurück. Eigene dezidiert protestantische Parteigründungen blieben die Ausnahme, wie etwa die des umtriebigen ehemaligen Hofpredigers Bruno Doehring, der 1928 eine „Deutsche Reformationspartei“ ins Leben rief. Die Partei sollte sich jedoch „durch besondere politische Wirkungslosigkeit auszeichnen“<sup>15</sup>. Doehring kandidierte stattdessen 1930 für die DNVP.

Der protestantische Liberalismus vermochte ebenfalls kaum, ein funktionierendes Verhältnis zu den politischen Parteien herzustellen. Dies lag einerseits daran, dass das liberale Element im Protestantismus allgemein schwächer vertreten war und zudem viele protestantisch geprägte Liberale in der Politik kaum dezidiert als solche oder gar als Vertreter der Kirchen auftraten. Trotzdem sind etwa mit Rudolf von Benningsen, Karl Schrader, Friedrich Naumann, Martin Rade, Ernst Troeltsch, Wilhelm Bousset und Otto Baumgarten prominente liberale Protestanten parteipolitisch aktiv gewesen. Als politisch konzeptioneller Denker des protestantischen Liberalismus ist zweifellos Friedrich Naumann anzusehen, auch wenn seine versuchte Aussöhnung von Sozialdemokratie und kaiserlichem Machtstaat scheitern musste. Anders als die Christlich-Sozialen und Christlich-Konservativen zog er die notwendigen Lehren aus dem mangelnden Einfluss von politischen Kleinstgruppen. Als er mit

---

13 FRITZ, Hartmut: Otto Dibelius. Ein Kirchenmann in der Zeit zwischen Monarchie und Diktatur (AKiZ. B 27). Göttingen 1998, S. 51.

14 DIBELIUS, Otto: So habe ich's erlebt. Berlin 1980, S. 168.

15 NOWAK, Kurt: Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Göttingen 1981, S. 155.

seiner National-Sozialen Vereinigung scheiterte, trat er dem Freisinnigen Verein bei. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches übte Naumann als Vorsitzender der DDP großen Einfluss aus. Sein früher Tod 1919 machte hoffnungsvolle Tendenzen zunichte, auch wenn Naumann die tödliche Gefahr für den jungen Staat ahnte, als er feststellte: Es „fehlt die Mystik der Staatsgeburt, der überwältigende Trieb einer Offenbarungszeit“<sup>16</sup>.

Insgesamt war es dem protestantisch-politischen Liberalismus nicht gelungen, sich innerhalb der politischen Parteien eine einflussreiche Position zu schaffen. Ihm fehlte der Rückhalt wohl auch deshalb, weil es dem theologischen Liberalismus im Kirchenvolk an einer starken Anhängerschaft mangelte. Die protestantisch-politischen Liberalen standen für keine Mehrheitsmeinung im Protestantismus, so dass sie eben auch in den Parteien nicht auf große Beachtung hoffen konnten. Das galt schon für die Kaiserzeit und sollte sich in der Weimarer Republik nach einigen Anfangserfolgen dramatisch zuspitzen. Das zuletzt schmähliche Scheitern des politischen Liberalismus, sowohl in der DDP wie der DVP/DStP, in der Untergangsphase der Weimarer Republik konnte jedenfalls nicht von einem protestantisch-politischen Liberalismus innerhalb der Parteien verhindert werden, da es ihn, nicht zuletzt durch den frühen Tod mancher führenden Vertreter desselben, nicht mehr gab.

Das Verhältnis von Protestantismus und SPD war über einen langen Zeitraum hinweg bekanntermaßen spannungsvoll. Dies begann schon vor der Gründung der Partei mit der Kritik am „pfäffischen“ christlichen Sozialismus im Kommunistischen Manifest und verstärkte sich in der kirchenkritischen Haltung führender Vertreter der SPD sowie – nach Vorläufern – auch im „Erfurter Programm“ von 1891 mit seiner Erklärung der „Religion zur Privatsache“. Vermittelnde Einzelgestalten innerhalb der Parteiführung wie Eduard Bernstein oder Georg von Vollmar und sozialistisch gesonnene Theologen wie Christoph Blumhardt und Paul Göhre blieben zunächst Einzelgänger. Doch auch die beiden letztgenannten Theolo-

---

16 Zitiert in: HEUSS, Theodor: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. München/Hamburg<sup>3</sup>1968, S. 488.

gen waren keineswegs Freunde der politischen Parteien. In einem Brief bemerkte Blumhardt lapidar: „Wie könnte das Äussere irgend einer Partei mich verlocken?“<sup>17</sup>.

Der Religiöse Sozialismus, der als Bewegung in Deutschland erst nach dem Ersten Weltkrieg entstand, hatte dann zwei Gegner: Die Theologen um Karl Barth, der mit seinem Tambacher Vortrag 1919 radikale Kritik an dieser Bewegung, der er selbst einst nahe stand, äußerte, sowie die ideologisch vorherrschenden Marxisten in der SPD, die den Religiösen Sozialismus als „hölzernes Eisen“<sup>18</sup> verlachten oder gar anfeindeten.

Schließlich soll auch die Stellung von Kirche und Theologie zu den politischen Parteien hier kurz betrachtet werden: Die Geistlichkeit und die Kirchenbehörden blieben weitgehend einem obrigkeitlich-fixierten, letztlich politisch-romantischem Denken, das später um die Elemente eines „Pastorennationalismus“<sup>19</sup> und teilweise eines theologischen Okzidentalismus angereichert wurde, verhaftet. Obwohl die Parteien im Bereich von Theologie und Kirche in Deutschland entstanden waren, gab es kaum eine theologische Reflexion des Parteiwesens. Für eine dezidiert christliche Parteigründung sprach sich am Ende des Kaiserreiches 1914 mit Adolf Schlatter lediglich ein Theologe aus<sup>20</sup>. Die Mehrheit übte eine pragmatische Zurückhaltung, besonders nachdem das erste Engagement von Männern wie etwa Wurm und Dibelius in den Parteien nach 1918 gescheitert war. Mit dem sich beschleunigenden Niedergang Weimars partizipierte der Protestantismus dann auch an der um sich

---

17 Zitiert in: THURNEISEN, Eduard: Christoph Blumhardt. Zürich/Stuttgart<sup>2</sup>1962, S. 105.

18 So erinnerte sich der Religiöse Sozialist Adolf Grimme, vgl. MEISSNER, Kurt: Zwischen Politik und Religion. Adolf Grimme. Leben, Werk und geistige Gestalt. Berlin 1993, S. 27.

19 WOLF, Ernst: Volk, Nation und Vaterland im protestantischen Denken von 1930 bis zur Gegenwart. In: Zilleßen, Horst (Hg.): Volk-Nation-Vaterland. Der deutsche Protestantismus und Nationalismus. Gütersloh 1970, S. 172–212; S. 174.

20 SCHLATTER, Adolf: Die christliche Ethik. Stuttgart<sup>4</sup>o. J., S. 168ff.

greifenden Parteienverachtung<sup>21</sup>.

Insgesamt lässt sich sagen: Politische Parteien waren in Deutschland zunächst kaum Organisationen zur lediglich politischen Willensbildung, sondern in hohem Maße Ausfluss unterschiedlicher Weltanschauungen, an denen der Protestantismus besonders partizipierte. Dieser letztlich religiöse Zug des Politischen erklärt den ideologisch hochgradig aufgeladenen Charakter der Parteien. So entstand die eigentümliche Konstellation von Anti-Parteien-Mentalität im parteipolitischen Engagement: Anti-Parteien-Mentalität deshalb, weil es eigentlich um das „Ganze“, den „christlichen Staat“ oder später das „Volk“ gehen sollte und die „Partei“ schon im Wortsinne von „pars“ dem widersprach; parteipolitisches Engagement paradoxerweise ebenfalls, weil es galt, das politisch als richtig Erkannte als Ergebnis der „wahren“ Weltanschauung gleichsam „missionarisch“ voranzutreiben. Wenn alles und jedes in politicis letztlich Folge der Weltanschauung war, konnte es keine Kompromisse geben. Gustav Radbruchs Mahnung, dass es im Bereich des Politischen keine unwiderlegbaren Richtigkeiten gebe<sup>22</sup>, war in dieser politischen Kultur und für ihre Mentalität völlig unverständlich. Der Protestantismus war deshalb nicht in der Lage, zur politischen Willensbildung in dem Sinne beizutragen, dass er die unterschiedlichen Auffassungen in politischen Dingen in sich ausgetragen hätte, ohne sie unbedingt auf eine einheitliche Lösung zu bringen. Wo in allem die „letzten Fragen“ im Hintergrund standen, war so etwas unmöglich. Politik war in Deutschland säkularisierte Theologie und politische Parteien waren ihre „Konfessionen“.

Die dann mit der Spätphase von Weimar offensichtlich werdende Krise des Parteiensystems mag mit ein Grund dafür sein, dass in den konservativen Oppositionszirkeln während der nationalsozialisti-

---

21 Vgl. dazu etwa die Darstellungen von K. NOWAK, *Kirche* (wie Anm. 15); WRIGHT, Jonathan R. C.: „Über den Parteien“. Die politische Haltung der evangelischen Kirchenführer 1918–1933 (AKiZ. B 2). Göttingen 1977; TANNER, Klaus: *Protestantische Demokratiekritik in der Weimarer Republik*. In: ZIEGERT, Richard (Hg.): *Die Kirchen und die Weimarer Republik*. Neukirchen-Vluyn 1994, S. 23–38.

22 Vgl. K. TANNER, *Demokratiekritik* (wie Anm. 21), S. 31.

schen Herrschaft keine Pläne für eine Wiederbelebung des Parteiwesens entstanden. Sowohl der Kreisauer wie auch der Freiburger Kreis, um nur die bekannten zu nennen, bevorzugten eine ständestaatliche indirekte Form der Demokratie, die ihre Herkunft aus der politischen Romantik nicht verbarg.

## 2. Die protestantische Mitwirkung an der Entstehung der Christlich-Demokratischen Union (CDU)

Mit der Besetzung Deutschlands war aber zugleich auch die Entscheidung für die Wiedereinführung des parlamentarischen Systems gefallen. Zugleich kam es zu einer bedeutsamen Innovation, der Gründung einer großen, als „christlich“ firmierenden, interkonfessionellen Partei. Nach einigen gescheiterten Versuchen interkonfessioneller Zusammenarbeit in Weimar waren es gerade die Erfahrungen der gemeinsamen Unterdrückung während der nationalsozialistischen Herrschaft, die die Zeit dazu nun reif erscheinen ließen. In die interkonfessionelle Partei brachten die Katholiken aus ihrer Zentrumstradition jedoch das erheblich höhere Maß an parteipolitischer Erfahrung ein, ein Umstand der bald zu ersten Differenzen führte. Die Mitarbeit von Protestanten in der Union hatte jedoch neben den positiven „ökumenischen“ Erfahrungen während der Hitlerzeit auch pragmatische Gründe: Eine dezidiert konservative Parteigründung wurde von den Besatzungsbehörden meist nicht erlaubt.

In den Gründungsgeschichten<sup>23</sup> der christlich-demokratischen Parteien auf regionaler Ebene wird fast flächendeckend deutlich, dass selbst in protestantisch geprägten Gebieten der katholische Einfluss in der Partei gleichsam umgekehrt proportional zum Bevölkerungsanteil war. Ein Grund, der oft genug nach einer ersten Phase der protestantischen Mitarbeit hier zu Resignation und Abwendung führte und damit die vorhandenen katholischen Tendenzen in der Partei noch weiter stärkte. Trotzdem konnte sich die Union bei allen

---

23 Vgl. u. a. SCHMEER, Reinhard: *Volkskirchliche Hoffnungen und der Aufbau der Union. Evangelische Kirche und CDU/CSU in den ersten Nachkriegsjahren*. Köln 2001.

Schwierigkeiten ihren interkonfessionellen Charakter bewahren. Anders als die umstrittene Westbindung war dann der schon früher eingeschlagene Weg zum wirtschaftsliberalen Profil der CDU besonders das Werk der Protestanten in der Union, die dem ab 1946 rasch aufsteigenden Adenauer in diesen Dingen zu Diensten waren und sozialistische Akzente, wie es sie in der Kölner, der hessischen oder später der Berliner CDU gab, marginalisierten.

Der Entwicklung der CDU unter Adenauers Führung (zunächst in der Britischen Zone) fielen andererseits zahlreiche Protestanten „zum Opfer“, deren Namen heute fast völlig vergessen sind. Ihnen allen war Adenauer an politischer Intelligenz und Erfahrung weit überlegen. Zusätzlich erwies sich ihre protestantische Anti-Parteien-Mentalität wiederum als innere Hemmung gegenüber dem „Parteienbetrieb“. Dies gilt etwa für den ersten stellvertretenden Vorsitzenden der rheinisch-westfälischen CDU, Otto Schmidt<sup>24</sup>, dessen unter seinem maßgeblichen Einfluss entstandenes, von christlicher Geschichtstheologie geprägtes und offiziell verabschiedetes Parteiprogramm der rheinisch-westfälischen CDU von Adenauer einfach „kassiert“ wurde<sup>25</sup>. Dass Schmidt seine Parteifreunde gelegentlich mit „Schwestern und Brüder“ anredete, zeigte die völlige Unklarheit vieler Protestanten in politischen Dingen. Schmidt zog sich nach den ersten Streitigkeiten mit Adenauer zunächst verbittert aus der Politik zurück, um später dann eine zweite Karriere als nordrhein-westfälischer Politiker und Bundestagsabgeordneter zu starten.

Zu den „Opfern“ der Entwicklung in der Adenauer-CDU gehörten weiter der Vertreter des dezidiert christlich-konservativen Flügels, der Ostelbier Hans Schlange-Schöningen<sup>26</sup>, dessen Verdienste als Bizonen-Direktor für Ernährung nach der Bundestagswahl 1949, anstatt mit dem erhofften Amt des Bundespräsidenten oder zumin-

---

24 Zu Schmidt vgl. dessen Erinnerungen: SCHMIDT, Otto: Anspruch und Antwort. Gedanken zur Geschichte der Christlich-Demokratischen Union Rheinland. Bergisch Gladbach 1975.

25 Vgl. HEITZER, Horstwalter: Die CDU in der Britischen Zone. Gründung, Organisation, Programm und Politik. Düsseldorf 1988, S. 211.

26 Vgl. TRITTEL, Günther J.: Hans Schlange-Schöningen. Ein vergessener Politiker der „ersten Stunde“. In: VZG 35, 1987, S. 25–63.

dest dem des Bundeslandwirtschaftsministers, mit einem hinteren Platz im Bundestag und schließlich mit einem Botschafterposten „honoriert“ wurden. Schlange-Schöningens Vorstellungen von einer überparteilichen Politik mit Hilfe der Parteien waren ein Widerspruch in sich. Seine der 1949 gebildeten bürgerlichen Koalition unter Führung Adenauers gegenüber propagierte „Front der Vernünftigen“<sup>27</sup> atmete allein vom Sprachgebrauch her die alte protestantische Anti-Parteien-Mentalität. Sie führte ihn mitsamt seiner Konzeption ins politische Abseits.

Zu nennen ist in diesem Zusammenhang auch der Vertreter der Kreisauer Staatskonzeption in der CDU, der Widerstandskämpfer und Mitbegründer der Berliner CDU sowie kurzzeitige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Theodor Steltzer<sup>28</sup>, der sich schon 1947 frustriert aus der aktiven Politik zurückzog. Nicht zuletzt seine Verbindungen zum „20. Juli“, waren ihm immer wieder zum Vorwurf gemacht worden<sup>29</sup>. Er widmete sich in der Folgezeit besonders der pädagogisch-politischen Arbeit sowie der Herstellung von außenpolitischen Kontakten. 1948 gründete er die „Studiengesellschaft Mundus Christianus“, die sich an den Plänen des Kreisauer Kreises orientierte. Mit den politischen Parteien rechnete Steltzer jetzt geradezu ab. Er warf ihnen einen überzogenen Führungsanspruch vor und bestritt ihre Behauptung, die einzigen „Volksvertreter“ zu sein. Er sah in ihnen nun Gebilde, die „von kleinen Führerkliquen (!) zusammen mit einer Parteibürokratie geführt werden und ihre Hauptkräfte im Kampf mit Personalfragen gegeneinander verbrauchen“<sup>30</sup>.

Das Mitglied der Berneucher Bewegung, der christliche Sozialkonservative und spätere Berliner Politikprofessor Otto Heinrich von der Gablentz, scheiterte zusammen mit dem von ihm in diesen

---

27 Rhein-Echo vom 17. 9. 1949.

28 Vgl. bes. STELTZER, Theodor: Von deutscher Politik. Dokumente, Aufsätze, Vorträge. Frankfurt/M. 1949; DERS.: Sechzig Jahre Zeitgenosse. München 1966.

29 BÖSCH, Frank: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart 2001, S. 48.

30 Th. STELTZER, Politik (wie Anm. 28), S. 179f.

Dingen beratenen Jakob Kaiser an Adenauer und an den protestantischen Parteifreunden in der CDU. Sein Konzept eines „christlichen Sozialismus“ hatte in der Adenauer-Erhard-CDU keinen Platz. 1960 bilanzierte Gablentz, damals schon lange nicht mehr parteipolitisch aktiv, seine Kritik an der westdeutschen Bundesrepublik in einem Buch mit dem bezeichnenden Titel „Die versäumte Reform“<sup>31</sup>.

Politisch scheiterte auch der erste stellvertretende Vorsitzende der CDU in der Britischen Zone und erste stellvertretende Vorsitzende der Bundes-CDU, Friedrich Holzapfel<sup>32</sup>, der aus konfessionellen Proporzgründen in diese Ämter gewählt worden war. Er wurde schließlich zum mit Häme übergossenen Botschafter in der Schweiz, bevor er auch aus diesem Amt abberufen wurde<sup>33</sup>.

Das oft allzu schnelle Resignieren von protestantischen Politikern in den Mühen der parteipolitischen Ebene, nachdem die „Träume der ersten Stunde“<sup>34</sup> zerronnen waren, zeigt noch einmal die vorherrschende Anti-Parteien-Mentalität. Wirklich akzeptiert hatte man die parteipolitische Arbeit nicht.

### 3. Krise und Stabilisierung des protestantischen Elementes in der CDU

In eine schwere Krise geriet der Protestantismus in der CDU mit dem Ausscheiden Heinemanns aus der Regierung Adenauer und seinem schließlichen Verlassen der Partei. Heinemanns Austritt markierte damit das Ende seiner Versuche, innerhalb der CDU für seine politischen Vorstellungen von aus christlichem Glauben getragener Politik wirken zu können<sup>35</sup>.

---

31 GABLENTZ, Otto Heinrich von der: Die versäumte Reform. Zur Kritik der westdeutschen Politik. Köln/Opladen 1960.

32 Vgl. SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg. München 1994, S. 503f.; 643; 781 u. ö.

33 DER SPIEGEL, Nr. 31, 31. 7. 1957, S. 20.

34 Vgl. SCHWIEDRZIK, Wolfgang M.: Träume der ersten Stunde. Die Gesellschaft Imshausen. Berlin 1991.

35 Vgl. u. a. KOCH, Diether: Heinemann und die Deutschlandfrage. München 1972.

Sicherlich spielten neben dem eher formalen Aspekt der Ausschaltung des Kabinetts bei Adenauers Angebot für eine westdeutsche Wiederbewaffnung für Heinemanns Austrittsentscheidung<sup>36</sup> die unterschiedlichen Auffassungen in den Politikfeldern „Wiederbewaffnung“ und der damit verbundenen „Deutschlandpolitik“ eine entscheidende Rolle. Doch es war keineswegs allein die Außen- und Militärpolitik, die Heinemann von Adenauer trennte, sondern ebenso sein Verständnis des Zuordnungsverhältnisses von Regierung und Parlament. Während Heinemann letztlich einem personalistischen Verständnis von parlamentarischer Arbeit huldigte, schätzte Adenauer das Parlament weitaus schwächer ein. Heinemanns Verständnis von Politik war insgesamt sicher demokratischer als das von Adenauer, der in mancher Hinsicht ein „semiautoritärer Politiker des bürgerlichen Honoratioren-Typus von vor 1933“<sup>37</sup> war. Doch gerade damit konnte Adenauer die mental durchaus noch im Denken politischer Führerschaft verwurzelten Deutschen für die Demokratie eher gewinnen als der im Vergleich dazu radikaldemokratische Heinemann. Heinemann wollte „mehr Demokratie wagen“, um ein späteres Motto hier zu zitieren. Aber dafür waren die Deutschen – und die oft noch im Geiste politischer Romantik lebenden Protestanten zumal – weitgehend noch nicht reif. Adenauer war sicherlich wie Heinemann auch von biblischen Bildern und Vorstellungen beeinflusst. Seine immer wieder gebrauchte Metapher der Auseinandersetzungen zwischen gottlosem bolschewistischem Materialismus und christlichem Abendland war deutlich von den Endkampf-Prophezeiungen um Harmagedon geprägt<sup>38</sup>. Die schon von

---

36 HEINEMANN, Gustav: Warum ich zurückgetreten bin? In: DERS: Es gibt schwierige Vaterländer ... . Reden und Aufsätze 1919–1969. Frankfurt/M. 1977, S. 97–107. Zum Gesamtzusammenhang vgl. PERMIEN, Andreas: Protestantismus und Wiederbewaffnung 1950–1955. Köln 1994, S. 6–19; VOGEL, Johanna: Kirche und Wiederbewaffnung. Göttingen 1978, S. 116–125.

37 SCHILDT, Axel: Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik. Frankfurt/M. 1999, S. 23.

38 ADENAUER, Konrad: „Seid wach für die kommenden Jahre“. Grundsätze, Erfahrungen, Einsichten, hg. von Annelise Poppinga. Bergisch Gladbach 1997, S. 430.

Machiavelli<sup>39</sup> her bekannte systemstabilisierende Wirkung der Religion hat Adenauer sicher gekannt und eingesetzt, aber gerade in seinen Vorstellungen vom Kampf des Guten mit dem Bösen in der als Heilsgeschichte verstandenen Weltgeschichte war Adenauers Denken entschieden vor-machiavellistisch. Für Adenauer konnten politische Erwägungen, die zu christlichen Maßstäben in Spannung standen, noch so lange gerechtfertigt sein, wie sie nach seinem Empfinden grundsätzlich der „christlichen Sache“ dienten und so der Zweckbuchstäblich die Mittel „heiligte“. Solch eine Möglichkeit gab es für Heinemann nicht. War Adenauer durchaus nach seinem eigenen Selbstverständnis ein *christlicher Politiker*, war Heinemann ein *politischer Christ*.

Die tiefe Krise des Protestantismus in der CDU wurde rasch durch den Aufstieg von Hermann Ehlers<sup>40</sup> dauerhaft überwunden. Der schon 1954 verstorbene machtbewusste Bundestagspräsident und Gründer des Evangelischen Arbeitskreises der Union (EAK) galt als wahrscheinlicher Kanzler-Nachfolger. Ehlers Erfolg innerhalb der Partei ist als Ergebnis mehrerer Faktoren zu deuten, die sich auch in der kontrastierenden Betrachtung der unterschiedlichen Politikstile von ihm und Heinemann herausstellen lassen. Heinemann war als Politiker primär sachorientiert, wie seine Auseinandersetzung mit Adenauer in der Wiederbewaffnungsfrage zeigte. Der christliche Glaube konnte hier, flankiert mit politischen Erwägungen, zu einem bestimmten Ergebnis führen, an dem Heinemann dann auch gegen alle politischen Widerstände festhielt. Eine solche Deduktion fehlt bei Ehlers, dem es in eher traditioneller Weise der Christlichen Konservativen um einen allgemein als christlich verstandenen Bezugsrahmen politischer Entscheidungen ging, und der damit Adenauer, der gerne von der „christlichen Weltanschauung“<sup>41</sup> redete, wesentlich näher stand. Überhaupt blieb Ehlers den traditio-

---

39 MACHIAVELLI, Niccolo: Vom Staate. Erstes Buch. Kap. 11–13.

40 Vgl. u. a. MEIER, Andreas: Hermann Ehlers. Leben in Kirche und Politik. Bonn 1991.

41 GRESCHAT, Martin: Konfessionelle Spannungen in der Ära Adenauer. In: Sauer, Thomas (Hg.): Katholiken und Protestanten in den Aufbaujahren der Bundesrepublik (KoGe. 21). Stuttgart u. a. 2000, S. 19–34; S. 30.

nellen politischen Vorstellungen eher verhaftet. Eine kritische Analyse der obrigkeitlichen Staatstradition, wie sie Heinemann schon früh mit seiner Kritik an eben dieser formuliert hatte, findet sich bei Ehlers nicht in diesem Maße. Damit und mit seinem Adenauer gegenüber offensiven Eintreten für das Ziel der deutschen Einheit gelang es ihm, den protestantischen Nationalkonservatismus in die Partei und damit faktisch auch in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft zu integrieren. Ehlers dezidiertes Festhalten an der deutschen Einheit brachte ihn durchaus in Konflikte mit Adenauer, die er aber doch unter der Vorgabe kritischer Loyalität zu diesem zu handhaben verstand. Gleichzeitig Mitglied der CDU zu sein und in einer anderen Bewegung das Gegenteil von dem zu fordern, was die Politik des Kanzlers und seiner Partei war, wie Heinemann es in der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“ versuchte, war für Ehlers unmöglich. Insofern passte sich Ehlers den Bedingungen des Parteienstaates besser als zunächst Heinemann an und hatte auf der politics-Ebene sicherlich ein moderneres Politikverständnis. In seinen politischen Anschauungen von christlicher Politik und dem Reichsgedanken noch durchaus traditionell geblieben, war Ehlers seit Friedrich Naumann der erste Protestant, der beherzt nach den Möglichkeiten politischer Macht griff und sie einzusetzen gedachte.

Ehlers Integrationsleistung ist hoch einzuschätzen. Das Nachlassen der Anti-Parteien-Mentalität im Protestantismus ist erheblich der Arbeit von Ehlers zu verdanken. Dies heißt jedoch noch nicht, dass er sich als Modernisierer verstand. Ehlers blieb in mancherlei Weise, etwa im Festhalten am Reichsgedanken und in der Vorstellung von einem „Corpus Evangelicorum“, Romantiker. Sein unablässiges Pochen auf angemessene Berücksichtigung der Protestanten in der CDU, die von ihm dazu genutzte Arbeit des EAK, sowie die von ihm maßgeblich mitbetriebene und heftig kritisierte<sup>42</sup> Stärkung des Konfessionalismus in der westdeutschen Gesellschaft der Fünfziger Jahre war allerdings ein retardierendes Element der politischen Modernisierung, das möglicherweise jedoch den Preis für die Ein-

---

42 ELLWEIN, Thomas: *Klerikalismus in der deutschen Politik*. München 1955, S. 16f.

bindung großer Teile des Protestantismus in die westliche Republik darstellte. Insgesamt lässt sich sagen, dass Ehlers im demokratischen Gewande ein „christlicher Staat“ vorschwebte. Deshalb gilt auch: „Sein christlich geprägter Konservatismus ragt wie ein Fremdkörper in die Gegenwart“<sup>43</sup>.

Nach Ehlers Tod schwanden die konfessionspolitischen Auseinandersetzungen in der CDU, wozu nicht unerheblich Eugen Gerstenmaier und der damalige Innenminister Gerhard Schröder beitrugen, die besonders den EAK nicht mehr im Ehlers'schen Sinne als Machtinstrument nutzen wollten. Die konfessionellen Überlegungen waren zweifelsohne nicht hinfällig geworden, wie die späteren Jahre noch verdeutlichen sollten<sup>44</sup>, doch überlagerten zunehmend andere Überlegungen und rein machtpolitische persönliche Ambitionen, etwa in der „Präsidentschaftskrise“ um die Nachfolge von Theodor Heuss 1959, diese Fragen.

Insgesamt kann gesagt werden, dass es allgemein dem christlich-konservativen bzw. christlich-sozial gesonnenen protestantischen Konservatismus in der CDU erstmals möglich war, im Rahmen des gemäßigten Konservatismus dieser Partei seine eigenen Positionen mit einbringen zu können. Diese Positionen wurden zwar verändert, aber nicht mehr um den Preis des Verrates der Ideale, wie früher in der DNVP und ihren Vorgängerparteien.

#### 4. Die Gesamtdeutsche Partei (GVP) als „protestantische“ Partei

Während Ehlers zur herausragenden Gestalt der Protestanten in der CDU wurde, entwickelte sich Heinemann zur Leitfigur der bruder-rätlichen Fraktion des Protestantismus in der Politik, die über die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“, eine der zahlreichen

---

43 HAHN, Karl-Eckard: Politisches Profil eines christlichen Konservativen. Hermann Ehlers (1904–1954). In: KRAUS, Hans-Christof (Hg.): *Konservative Politiker in Deutschland. Eine Auswahl biographischer Porträts aus zwei Jahrhunderten*. Berlin 1995, S. 291–314; S. 313.

44 Vgl. F. BÖSCH, Adenauer-CDU (wie Anm. 29), S. 339–355.

neutralistischen Gruppen<sup>45</sup> der frühen Bundesrepublik, in der im November 1952 gegründeten Gesamtdeutschen Volkspartei<sup>46</sup> ihre politische Heimat fanden. Während die GVP vom politikwissenschaftlichen Gesichtspunkt eine ephemere Erscheinung ist, lässt sich ihre Bedeutung für den Protestantismus nicht unterschätzen. War die Notgemeinschaft noch ausdrücklich aus einer Ablehnung der Parteipolitik geboren, gelang es Heinemann nun, seinen Gesinnungsfreunden „beizubringen“, dass politischer Einfluss in der Politik nur mit einer Parteiformation erreicht werden könne. Die 1953 eingeführte Fünf-Prozent-Klausel machte einen Erfolg jedoch unmöglich. Zuspruch erlangte die Partei gerade in Gebieten, die früher Hochburgen des CSVD waren<sup>47</sup>. Dabei unterschied sich die GVP gerade in einem Punkt radikal vom ehemaligen Volksdienst: Während dort die „christliche Gesinnung“ von einem wirklichen Politikkonzept dispensierte und die Forderungen nach einer „christlichen Politik“ unreflektiert in den Raum des Politischen getragen wurden, nahm, vorbereitet durch die bruderrätliche Kritik am „C“ in der Politik, die Abkehr von der früheren Haltung in einer Art Pendelschlag nun geradezu Formen der Aversion gegen das früher für richtig Gehaltene an. Als ein Sammelbecken für die Gegner als „christlicher“ deklariertes Politik wurde die GVP zur bevorzugten Partei besonders der bruderrätlichen Fraktion im Protestantismus. Die Präses Heinrich Held (Rheinland) und Ernst Wilm (Westfalen) bekundeten ebenso wie der hessen-nassauische Kirchenpräsident Martin Niemöller ihre positive Einschätzung der GVP, nahmen aber aus Rücksicht auf ihre kirchlichen Ämter von einem Beitritt Abstand<sup>48</sup>. Die von Präses Wilm ausgesprochene Hoffnung, die GVP könne die „Heimatlosigkeit vieler evangelischer, aber auch

---

45 Vgl. DOHSE, Rainer: *Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955*. Hamburg 1974.

46 Vgl. MÜLLER, Josef: *Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat der nationalen Wiedervereinigung 1950–1957*. Regensburg 1990.

47 A. PERMIEN, *Protestantismus* (wie Anm. 36), S. 124.

48 D. KOCH, Heinemann (wie Anm. 35), S. 382.

katholischer Christen in politischer Beziehung<sup>49</sup> beenden helfen, sollte sich jedoch nur vorübergehend für die dem bruderrätlichen Protestantismus nahe stehenden Kreise bewahrheiten. Bald zeigte sich anhand der Wahlergebnisse, bei der Bundestagswahl 1953 erreichte die GVP 1,16% der Stimmen, die Perspektivlosigkeit der Partei, deren neutralistischer Ansatz in der Bevölkerung keinen Widerhall fand. Die GVP versuchte nun u. a. durch Arbeit im vorparlamentarischen Raum Boden zu gewinnen, wie etwa mit ihrer Beteiligung an der „Paulskirchen-Bewegung“<sup>50</sup>, die die zunehmende Integration des Bundesrepublik in die politischen und militärischen Strukturen des Westens und die dadurch befürchtete endgültige Spaltung Deutschlands aufzuhalten versuchte. Das auf einer Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche am 29. Januar 1955 verabschiedete „Deutsche Manifest“ hatten neben Joachim Beckmann, Günther Dehn, Hermann Diem, Helmut Gollwitzer, Hans-Joachim Iwand, Martin Niemöller und weiteren bruderrätlichen Theologen auch führende Sozialdemokraten wie Adolf Arndt, Willy Brandt, Fritz Eler und Carlo Schmid unterschrieben. Hier bahnte sich langsam die Verbindung von GVP und SPD an, die 1957 durch den Übertritt führender GVP-Politiker zur Sozialdemokratie besiegelt wurde.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass der politische Protestantismus, der sich in der GVP sammelte, ein durchaus modernisiertes Profil hatte. Die Kritik am Parteienstaat durch die GVP war zwar weiter vorhanden, aber sie war nicht mehr zu vergleichen mit der „okzidental“ Parteienverachtung des Protestantismus in der Weimarer Zeit. Die Wendung gegen die „Westbindung“ war ebenfalls kein alter Okzidentalismus mehr, sondern unter grundsätzlicher Partizipation der westlichen Werte Kritik am Antikommunismus der „freien Welt“, der die deutsche Einheit zu zerstören schien. Das Eintreten für die deutsche Nation war deshalb auch kein chauvinistischer Nationalismus mehr, sondern die Sorge um die Deutschen im Osten, die man nicht preisgeben wollte. Der „dritte Weg“ der

---

49 A. PERMIEN, *Protestantismus* (wie Anm. 36), S. 188.

50 Vgl. J. VOGEL, *Wiederbewaffnung* (wie Anm. 36), S. 192–197.

neutralistischen Opposition war nur insofern noch ein „deutscher *Sonderweg*“, als Deutschland durch die Teilung von der ideologischen Weltkonfrontation des Kalten Krieges betroffen war und es als geteiltes Land neben Korea tatsächlich einen *Sonderfall* darstellte. Die grundsätzlichen Werte des Westens wurden von der GVP geteilt. Die Kritik an einer „christlichen“ Politik schließlich war eine radikale Absage an den Geist politischer Romantik. Sie kennzeichnete in besonderer Weise das Profil der GVP. In mancher Hinsicht aber reichte die Modernisierung doch nicht aus. Das Beharren auf faktisch *einem* politischen Programmpunkt – der Wiedervereinigung unter dem Vorzeichen der Neutralität – erwies sich als Weimarer Erbe der Klientelparteien, was letztlich den Erfolg der Partei unmöglich machte.

Formal stellt sich die Entwicklung der GVP als ein langsames Ankommen in der Wirklichkeit des westdeutschen Parteienstaates dar. Dieser Weg lässt sich als ein geradezu nach dem System von „Versuch und Irrtum“ aufgebauter Lernprozess beschreiben: Über eine Ergänzungsorganisation zu den politischen Parteien (Notgemeinschaft für den Frieden Europas) ging es hin zu einer eigenen Partei (GVP), die allerdings als „Ein-Punkt-Partei“ der politischen Modernität nicht mehr entsprach. Über deren Erfolglosigkeit führte der Weg zurück zur Arbeit als politische Bewegung, wie sie die „Paulskirchen-Bewegung“ der Atombewaffnungsgegner von 1957 darstellte. Durch deren mangelnde Resonanz bedingt, kam es zu Versuchen der parlamentarischen Koalitionsbildung und durch deren Erfolglosigkeit veranlasst, schließlich zum Verschmelzen mit der SPD, die ihrerseits auf dem Weg zur Volkspartei war.

##### 5. Die Deutsche Partei (DP) als vergeblicher Versuch zur Etablierung einer konservativ-protestantischen Partei

Mit der Deutschen Partei<sup>51</sup> tritt in der frühen Bundesrepublik auch das Projekt einer protestantisch geprägten dezidiert konservativen Partei, die aus der Niedersächsischen Landespartei entstanden war,

---

51 Vgl. MEYN, Hermann: Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945. Düsseldorf 1965.

noch einmal auf. Bis zum Wechsel ihres Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Hans-Joachim von Merkatz, zur CDU 1960, stellte die DP in den Koalitionsregierungen Adenauers stets einige Minister. Die Partei, die gelegentlich mit Luther-Plakaten und dem Ausruf „Den lassen wir uns nicht nehmen!“ warb, erwies sich jedoch als ein Anachronismus gegenüber den gesellschaftlichen Modernisierungstendenzen. Die DP wollte eine christlich-konservative ja sogar „protestantische“ Politik gestalten, ohne zu merken, dass sie dafür keine Bündnispartner hatte. In kirchlichen Kreisen wurde einerseits die „christliche“ Politik heftig angegriffen und andererseits gab es auch bei konservativen Kirchenleuten eine erhebliche Zurückhaltung gegenüber der Unterstützung einer sich als evangelisch gerierenden Partei. Der christlich orientierten Wählerschaft schließlich genügte für ihre Ansprüche die CDU, die als interkonfessionelle Partei selbst erheblich moderner als die DP war und sich um der breiten Unterstützung in der Bevölkerung willen nicht mit dezidiert konservativen Theoriebildungen aufhielt. Im Scheitern der DP wurde klar, dass die politische Romantik als bindende Mentalität im konservativen Protestantismus nachließ.

#### 6. Der protestantisch-politische Liberalismus in der Spannung zwischen Freier Demokratischer Partei (FDP) und CDU

Ein weiteres Thema sind die protestantischen Liberalen in der FDP. Das protestantische Element in der FDP wurde von Anfang an dadurch geschwächt, dass sich viele protestantische Liberale, wie etwa die Berliner Ferdinand Friedensburg und Ernst Lemmer oder der frühere preußische Kultusminister Otto Boelitz, nach dem Scheitern des politischen Liberalismus in Weimar nun in einer großen Volkspartei besser aufgehoben sahen, ein Tatbestand der fast auch für Theodor Heuss gegolten hätte<sup>52</sup>.

Trotz dieser liberalen Elemente in der CDU wurde die Annäherung der Partei an die FDP, die schließlich in die bürgerliche

---

52 HEIN, Dieter: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbe-  
wegung. Grundlagen, Entwicklung und Strukturen der Freien Demokratischen  
Partei 1945–1949. Düsseldorf 1985, S. 49.

Koalition 1949 münden sollte, gerade von evangelischen Christen in der CDU erheblich eingeschränkt: Hatten die Protestanten in der CDU Adenauer bei der wirtschaftsliberalen Ausrichtung der Partei geholfen, so sollten sie ein anderes Projekt Adenauers unterbinden: den Zusammenschluss mit der FDP<sup>53</sup>. Hier zeigte sich an vielen Orten noch die alte Spaltung zwischen Christlich-Konservativen bzw. Christlich-Sozialen und protestantischen Liberalen. Es waren besonders die aus dem CSVD gekommenen CDU-Mitglieder, die als die heftigsten Gegner eines Zusammenschlusses mit den Liberalen auftraten, während diese sich wiederum nicht unter das Dach einer Partei mit weltanschaulicher Bindung stellen wollten.

Was hinsichtlich der Frage konfessionell geprägter Parteien einen erheblichen Modernisierungsfortschritt darstellte, die Gründung einer interkonfessionellen Partei, wurde so zum Hemmnis. Abermals wurde deutlich, dass sich der politische Protestantismus im 19. Jahrhundert faktisch in zwei Konfessionen gespalten hatte. Diese Trennung von 1848 wirkte auch hundert Jahre später fort und verhinderte ein geschlossenes protestantisches Vorgehen im Blick auf eine politische Partei. Konservative Protestanten waren letztlich in ihrem immer noch starken romantischen Verständnis des Christlichen den Katholiken näher als ihren liberalen Glaubensbrüdern.

Der politisch-protestantische Liberalismus selbst trennte sich nun ebenfalls in zwei Lager. Eine Gruppe ging unter Akzeptanz einer weltanschaulichen Vorentscheidung in eine „christliche“ Partei, eine andere versuchte, in eine grundsätzlich liberal gesonnene Partei christliches Gedankengut einzuspeisen. Das Ergebnis war ernüchternd. In der CDU hatten Männer wie Lemmer<sup>54</sup> und Friedensburg, um nur diese zu nennen, keinen maßgeblichen Einfluss. In der FDP war der Wirkungsradius politisch-protestantischer Liberaler marginal. In der öffentlichen Wahrnehmung galt die FDP als „freisinnig“.

---

53 Vgl. H.-P. SCHWARZ, Adenauer (wie Anm. 32), S. 510; SCHRÖDER, Karsten: Die F.D.P. in der Britischen Besatzungszone 1946–1948. Düsseldorf 1985, S. 114.

54 Sein schwieriges Verhältnis zu Adenauer schilderte Lemmer in seinen Memoiren, LEMMER, Ernst: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten. Frankfurt/M. 1968.

Ein Tatbestand, der sich für die FDP bald als existenzbedrohend herausstellte. In einer Aussprache innerhalb des FDP-Bundesvorstandes kam das völlig unzureichende Verhältnis der Partei zu den Kirchen zur Sprache. Im Blick auf die evangelische Kirche meinte der FDP-Vorsitzende Franz Blücher: „Wir haben als Partei in den evangelischen Kirchen Deutschlands einmal einen Herrschaftsbe-  
reich besessen. Als wir ihn hatten, waren wir unter den Parteien eine Großmacht, als Troeltsch und Baumgarten in unseren Reihen standen“<sup>55</sup>. Entsprechend stark waren die Bemühungen um Annäherungen an die Evangelische Kirche. Wie stark die FDP mit dem Vorurteil zu kämpfen hatte, sie sei letztlich eine Angelegenheit der kirchendistanzierten Freisinnigen, wird an einer Äußerung Blüchers deutlich: Er legte in der genannten Sitzung erheblichen Wert darauf, dass man innerhalb der Kirchen merke, dass die Liberalen nicht einfach „Heiden und Stromer“<sup>56</sup> seien. In diese Richtung arbeitete maßgeblich der nordrhein-westfälische Kultusminister Luchtenberg<sup>57</sup>, der das Konzept eines „geläuterten Liberalismus“ vertrat, das gegenüber einem betont freisinnigen Liberalismus früherer Zeiten auch für die Kirchen akzeptabel sein sollte. Nach einem Zwischenspiel mit Kontakten zu Niemöller und anderen Vertretern der bruderrätlichen Fraktion kam es nach einer Begegnung von FDP-Spitze und dem Rat der EKD<sup>58</sup> zu einer gewissen Entspannung. Insgesamt blieb aber „der Eindruck einer freundlichen Distanz zwischen den Liberalen und den Kirchen“<sup>59</sup> bestehen.

---

55 WENGST, Udo: FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuß und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949–1954. Düsseldorf 1998, S. 1327.

56 Ebd.

57 LUCHTENBERG, Paul/ERBE, Walter (Hgg.), Politischer Liberalismus und Evangelische Kirche. Köln/Opladen 1967.

58 Vgl. ARCHIV DES LIBERALISMUS, Gummersbach, Schreiben Hermann Kunsts vom 4. Oktober 1956, N-1/1505.

59 WITTE, Barthold C.: ‚Freie Kirche im freien Staat‘. Die evangelischen Kirchen und die Freie Demokratische Partei. In: MRKG 47/48, 1998/1999, S. 203–216; S. 208.

## 7. Die Annäherung des Protestantismus an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Es ist dann auch im Rahmen dieses Themas die schwierige Annäherung zwischen Protestantismus und Sozialdemokratie<sup>60</sup> zu beschreiben, die im Godesberger Programm von 1959 ihren Zielpunkt fand. Zunächst war diese Annäherung jedoch die Angelegenheit von Einzelgestalten, wie dem späteren NWDR-Intendanten Adolf Grimme, dem Darmstädter Oberbürgermeister Ludwig Metzger und dem „Kronjuristen“ der SPD, Adolf Arndt. Ferner fanden sich aufgeschlossene Politiker in der SPD, die nicht zum Protestantismus zählten, aber einen Ausgleich mit der evangelischen Kirche für nötig hielten, wie etwa Carlo Schmid und der „ethische Sozialist“ Willi Eichler.

Einen ersten stärkeren Aufschwung erhielten die Annäherungsbemühungen durch den zunächst niedersächsischen, dann Berliner Politiker und späteren Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz, dessen Wirken auch als Parteireformer hohe Beachtung verdient<sup>61</sup>. Albertz' hervorragende Beziehungen zum bruderrätlichen Lager, besonders zu Hans-Joachim Iwand, ermöglichten hier immer wieder Kontakte, wengleich sich die SPD unter Schumacher und in der ersten Zeit Ollenhauers reserviert verhielt. Nach der Wahlniederlage 1953 und besonders nach dem Wahldesaster 1957 verweigerte sich die Partei dann nicht länger dem programmatischen Modernisierungsbedarf, der zu seinem im Kirchenartikel maßgeblich von Heinemann beeinflussten „Godesberger Programm“ führte.

Der Übertritt Heinemanns und zahlreicher anderer Protestanten – u. a. 160 evangelischer Pfarrer<sup>62</sup> – zur SPD 1957, machte diese Partei nun auch in weiten protestantischen Kreisen wählbar. Allerdings war dieser Übertritt sowohl seitens der Sozialdemokratie

---

60 Vgl. auch MÖLLER, Martin: Das Verhältnis von Evangelischer Kirche und Sozialdemokratischer Partei in den Jahren 1945 bis 1950. Göttingen 1984.

61 Vgl. etwa ALBERTZ, Heinrich: Der Besiegte besinnt sich. In: Neuer Vorwärts, 25. 9. 1953.

62 LÖSCHE, Peter/WALTER, Franz. Die SPD. Klassenpartei-Volkspartei-Quotenpartei. Darmstadt 1992, S. 333.

wie auch besonders in der Einschätzung Heinemanns eine pragmatische Angelegenheit. Erste Listenbündnisse zwischen GVP und SPD waren 1954 erfolglos gewesen. Eine Verschmelzung mit der SPD, die dringend ihre Wählerbasis verbreitern musste, lehnte die GVP damals noch ab, während Fritz Erler Heinemann vorwarf, dieser glaube, „mit einer Sekte einen Wahlkreis direkt erobern zu können“<sup>63</sup>. Ähnlich sah dies auch das junge GVP-Mitglied Erhard Eppeler, der schon 1955 Heinemann ebenfalls in diese Richtung drängte<sup>64</sup>. Heinemann suchte jedoch nun eher den Kontakt zur FDP, besonders zum heftigen Adenauer-Gegner Thomas Dehler<sup>65</sup>. Doch gerade die Ablösung Thomas Dehlers von seinen Ämtern als Partei- und Fraktionsvorsitzender der FDP 1957 machte den diesbezüglichen Plänen ein Ende. Kontakte mit dem Zentrum, dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) und der DP, die in der Zusammenarbeit mit der SPD als eine Art „Beiwagen“ der größeren Partei dienen sollten, scheiterten ebenfalls<sup>66</sup>. So blieb nach der Auflösung der GVP faktisch nur noch die Alternative des Eintritts in die SPD. Diese pragmatische Annäherung zwischen Protestantismus und Sozialdemokratie entwickelte spätestens seit dem Godesberger Programm von 1959 dann im Rahmen der damit dokumentierten programmatischen Erneuerung der SPD eine starke Dynamik.

Diese Annäherung lässt sich einerseits als Ergebnis eines Modernisierungsschubes von der Klassen- zur Volkspartei verstehen, den die SPD verstärkt seit 1953 und mit Vehemenz seit 1957 erlebte und der sie „Auf dem Weg zur Staatspartei“<sup>67</sup> schließlich 1966 in die Regierung brachte. Heinemann und die GVP, allgemein die Kreise des Adenauer-feindlichen Protestantismus, legten andererseits schließlich im Zuge innerprotestantischer Modernisierung, die zu-

---

63 Zitiert in SOELL, Hartmut: Fritz Erler. Eine politische Biographie. Bd. 1. Berlin 1976, S. 286.

64 J. MÜLLER, Volkspartei (wie Anm. 46), S. 554.

65 ARCHIV DES LIBERALISMUS, Gummersbach, NL Dehler, N 1-30/9.

66 Vgl. D. KOCH, Heinemann (wie Anm. 35), S. 123.

67 So der Titel der bedeutsamen Darstellung von Kurt KLOTZBACH, Berlin/Bonn 1982.

gleich eine politische Entromantisierung war, ihre Zurückhaltung gegenüber einer „sozialistischen“ Partei ab und entschlossen sich zur aktiven Mitwirkung. Die Adenauer-Gegner unter den Protestanten wollten endlich Heimat in einer großen Partei finden, um ihre politischen Zielsetzungen auch umsetzen zu können.

#### 8. Das Verhältnis der kirchenpolitischen Gruppen in der EKD und der evangelischen Theologie zu den politischen Parteien

Zuletzt sei noch ein Perspektivwechsel vorgenommen und die Sicht der evangelischen Kirche zum 1945 wieder eingeführten Parteiensystem dargestellt: Zwar waren sich alle kirchenpolitischen Gruppen im Gefolge von „Barmen“ 1934 darin einig, nun eine „öffentliche Verantwortung“ der Kirche wahrzunehmen, doch zeigten sich nach „Treysa“ 1945 die ersten Differenzen. Sie gipfelten in dem heftigen Streit um die „Echtheit“ des „Wortes zur Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben“, in dem „ein politisches Zusammengehen beider Konfessionen auf dem Boden christlicher Union“<sup>68</sup> erwähnt war<sup>69</sup>. Die hier unterstellte Bevorzugung der CDU durch das in Treysa zwar verabredete aber nicht formal verabschiedete „Wort“ sollte langfristig wirkende Konsequenzen haben. Die Bestreitung der Berechtigung des „C“ in der CDU wurde zum Kennzeichen der bruderrätlichen Fraktion des Protestantismus, bei der mit dem „Darmstädter Wort“ von 1947 noch die Revision des Verhältnisses zum Sozialismus hinzu kam. Doch stand man im Lager der Bruderrätlichen, darin war man sich mit den stärker konfessionellen Lutheranern einig, überhaupt dem Parteiensystem reserviert gegenüber.

Schon in seiner 1946 erschienenen Schrift „Christengemeinde und Bürgergemeinde“ hatte Barth die Parteien deutlich kritisiert, als er von ihnen als „keinesfalls ... konstitutiven Elemente[n], vielleicht von jeher krankhaften[n], auf jeden Fall nur sekundären Erscheinun-

---

68 BESIER, Gerhard/LUDWIG, Hartmut/THIERFELDER, Jörg (Hgg.): Der Kompromiß von Treysa. Die Entstehung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 1945. Eine Dokumentation. Weinheim 1995, S. 328.

69 Vgl. ebd., S. 325f.

gen<sup>70</sup> sprach. Eine geistige Nähe zur politischen Theorie von Jean-Jacques Rousseau wollte Barth dabei nicht in Abrede stellen<sup>71</sup>. Rousseau war ein entschiedener Verfechter der direkten Demokratie, während er Parlamentarismus und Parteien ablehnte<sup>72</sup>. Ein Verständnis für die komplexen Strukturen einer Massendemokratie war bei Barth offensichtlich nicht vorhanden. In gewisser Weise herrschte damit auch bei ihm eine politische Romantik vor, nicht wie bei den preußischen Konservativen mit ihrem monarchischen Prinzip und Obrigkeitsverständnis, aber doch in der Orientierung an der überschaubaren direkten Demokratie einer schweizerischen Dorfgemeinde. Es muss sogar weiter gefragt werden, ob die Funktion der Christengemeinde, die ja die „Richtung und Linie“<sup>73</sup> vorgeben soll, nicht an den „Legislateur“ in Rousseaus „Gesellschaftsvertrag“ erinnert. Dieser hat auch keine formale Macht, aber er wirkt außerordentlich als „der Weise, der für die Verfassungsgesetzgebung Maßstäbe zu setzten“ hat, dabei aber „weder herrschen noch regieren [soll] – als ob er Erzieher wäre“<sup>74</sup>. Wenn Rousseau als Vorbild dieses „Legislateurs“ ausdrücklich Calvin mit besonders lobenden Worten erwähnt<sup>75</sup>, wird hier eine Traditionslinie deutlich, die bis zu den Bruderräten reicht, die zwar auch keine direkte politische Macht besaßen oder anstrebten, die sich aber trotzdem mit ihren „Worten“ sowie dem „Wächteramt“ als durchaus Maßstäbe setzend für den Staat empfanden. Anselm Doering-Mantueffel konstatiert hier die „Form eines ethischen Autoritäts- und Avantgardeanspruchs gegenüber der Gesellschaft. Sie war mit dem pragmatischen, zum Kompromiß verpflichtenden Entscheidungsprozeß der Parteiendemokratie nicht zu vereinbaren“<sup>76</sup>.

---

70 BARTH, Karl, Christengemeinde und Bürgergemeinde. In: STROHM, Theodor/WENDLÄND, Heinz-Dietrich: Kirche und moderne Demokratie. Darmstadt 1973, S. 14–54; S. 48.

71 Ebd., S. 46.

72 SCHMIDT, Manfred G.: Demokratietheorie. Hagen 2001, S. 69ff.

73 K. BARTH, Christengemeinde (wie Anm. 70), S. 28.

74 M. G. SCHMIDT, Demokratietheorie (wie Anm. 72), S. 81.

75 ROUSSEAU, Jean-Jacques, Der Gesellschaftsvertrag, II. 7 und Anm. L.

76 A. DOERING-MANTEUFFEL, Amerikanisierung (wie Anm. 3), S. 107.

Gar eine dezidiert „christliche“ Partei zu gründen, lehnte Barth, aus seinen theologischen Grundentscheidungen heraus verständlich, entschieden ab. Die christliche Gemeinde sei, so meinte er, faktisch selbst ‚Partei‘ „mit ihrem allerdings besonderen Sinn und Auftrag dem Ganzen gegenüber“<sup>77</sup>. Das Ergebnis war: „Gerade repräsentiert durch eine christliche Partei kann die Christengemeinde der Bürgergemeinde das politische Salz nicht sein, das zu sein sie ihr schuldig ist“<sup>78</sup>.

Der Bezugspunkt in politischen Dingen war nun für viele Protestanten nicht mehr Friedrich Julius Stahl, sondern Sören Kierkegaard mit seiner heftigen Kritik an dem bürgerlich-konventionellen Christentum. Indem die bruderrätliche Richtung des Protestantismus, die den theologischen Liberalismus als Antipode des konfessionellen Luthertums abgelöst hatte, diese Kritik unüberhörbar machte, blieb für weite Teile des Protestantismus die CDU das eigentliche Übel im Nachkriegsdeutschland, während andere Evangelische in ihr die sachgemäße Antwort auf die Folgen des Nationalsozialismus sahen, der seinerseits als Ergebnis der Säkularisierung begriffen wurde. Die mit der unterschiedlichen Deutung der Säkularisierung verbundenen Konflikte um das Verständnis des „Christlichen“, wie sie sich im „C“ der CDU und in der damals häufigen Beschwörung des „christlichen Abendlandes“<sup>79</sup> äußerten, werden deshalb hier auch als Ausfluss dieses innerprotestantischen Dissenses verstanden. Wo mit der politischen Romantik des protestantischen Konservatismus radikal Schluss gemacht wurde, wie in der barthianischen Theologie, bei den Bruderräten und in der GVP, konnte „christlich“ kein politischer Begriff mehr sein.

Für die historisch-politische Interpretation des Begriffes „christlich“ und damit seine Bedeutung als eines kulturellen Faktors hatte Barth kein Verständnis. Dass das Wort „christlich“ in semantischer Polyvalenz neben der theologischen Bedeutung auch eine historische

---

77 K. BARTH, Christengemeinde (wie Anm. 70), S. 46.

78 Ebd., S. 50.

79 Vgl. SCHILDT, Axel: Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der fünfziger Jahre. München 1999.

und kulturelle Konnotationsbreite hatte, war Barth natürlich deutlich, aber er hielt eben dies für eine gefährliche Illusion. Wenn die CDU in dem Sinne eine „christliche“ Partei sein wollte, dass sie an die Traditionen anknüpfte, die den europäischen Kulturkreis geprägt hatten, ohne dass er deswegen im streng *theologischen* Sinne „christlich“ war, wenn in der CDU die „religiösen und geistigen Kräfte der abendländischen Welt“ (Adenauer) bemüht wurden, musste ihm dies als Wiederauflage schon gescheiterter Versuche der Verbindung von Christentum und Kultur, sei es aus dem konservativem Ansatz eines „christlichen Staates“ heraus, sei es aus einem kulturprotestantisch-liberalem Verständnis einer „Christlichen Welt“, frei nach dem Titel von Rades Zeitschrift, tief unheimlich bleiben.

Viele protestantische CDU-Mitglieder, die einstmals der BK angehört hatten, „verstanden die Welt nicht mehr“ angesichts dieser streng theologischen Deutung des „Christlichen“. Sie fühlten sich von ihrer Kirche im Stich gelassen. Ein erstes Gespräch zwischen protestantischen CDU-Politikern und bruderrätlichen Kirchenmännern unter Leitung des Wuppertaler Pädagogen Oskar Hammelsbeck im Oktober 1947 endete in einem Desaster<sup>80</sup>. Die evangelischen CDU-Mitglieder sahen sich vor ein theologisches Tribunal gestellt, das den Ansatz einer christlichen Parteigründung scharf verurteilte. Der Pädagoge und ehemalige Leiter einer Bekenntnisgemeinde sowie Düsseldorfer CDU-Mitbegründer Hellmut Lauffs fragte: „Welche beweisbaren konkreten politischen Taten oder Handlungen wirft man uns vor? ... Wir haben bisher nur Vorurteile, keine echten Urteile vernommen!“<sup>81</sup> Ein zweites Treffen im November 1947, das Heinemann stark moderierte, kam zu einem notdürftigen „we agree, that we disagree“, das die völlig unterschiedliche Beurteilung des Begriffes „christlich“ aufzeigte. Während Hermann Diem das Wort und sein problematisches Bedeutungsfeld zu erläutern versuchte, gab Friedrich Holzapfel, der stellvertretende CDU-Vorsitzende in der Britischen Zone zu erkennen, dass er die Diskus-

---

80 Vgl. H. HEITZER, CDU (wie Anm. 25), S. 701–710; R. SCHMEER, Hoffnungen (wie Anm. 23), S. 156–160.

81 Redemanuskript, in: HAUPTSTAATSARCHIV DÜSSELDORF, RW 130.

sion nicht verstehe. Man könne doch nichts dagegen haben, mit der CDU „eine Ausrichtung auf die 10 Gebote [zu] fördern“<sup>82</sup>, meinte er. Die damals in politischen Dingen offensichtlich mangelnde Kommunikationsfähigkeit über die Bedeutung des „Christlichen“ zwischen Theologen und protestantischen Laien wird hier schlaglichtartig deutlich.

Auch der angestrebte Ausgleich mit der SPD wurde durch die von Hammelsbeck arrangierten Gespräche nicht weiter gebracht. Während er in einem Vortreffen mit Grimme, der als Verbindungsmann zur SPD galt, diesen theologisch abfertigte, und dem um ein behutsames Vorgehen bemühten religiösen Sozialisten wünschte, „das Bekenntnis zu Christus könnte eines Tages auch Sie in die offene Linie zwingen“<sup>83</sup>, war das berühmte Kirche-SPD-Gespräch von Detmold 1947 hauptsächlich für die kirchlichen Vertreter ein bedeutsames Ereignis. Im SPD-Parteivorstand gab man sich nüchterner. Bei allem vorsichtigen Wohlwollen meinte man, die Kirche wolle sich letztlich (verlorenen gegangenen) Einfluss sichern<sup>84</sup>.

Der Rat der EKD selbst blieb gegenüber den politischen Parteien, besonders aber der CDU, in einer Haltung, die als „vollends indifferent“<sup>85</sup> bezeichnet werden muss. Die Gründe dafür waren folgende: Neben der traditionellen Parteienskepsis, wie sie im Protestantismus noch immer verwurzelt war, und der Fülle anderer Aufgaben, vor die sich der Rat der EKD gestellt sah, waren es wahrscheinlich die bisherigen wenig ermutigenden Erfahrungen in den Gesprächen mit den Parteien, die Zurückhaltung üben ließen. Die unterschiedlichen politischen Positionen spiegelten sich darüber hinaus ja auch im Rat selbst wieder. Eine explizite Aufnahme der Parteien-Thematik drohte die Arbeit weiter zu belasten. Diese Zu-

---

82 Protokollnachschrift, in: BUNDESARCHIV KOBLENZ, 1378/138.

83 EBD., Schreiben vom 27. 5. 1946.

84 ALBRECHT, Willy (Bearb.): Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien. Bonn 2000, S. 252.

85 NICOLAISEN, Carsten/SCHULZE, Nora Andrea (Bearb.): Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Bd. 2: 1947/48 (AKiZ. A 6). Göttingen 1997, S. X.

rückhaltung des Rates, seine Unfähigkeit oder zumindest sein Unwille zu einer klaren Positionierung, zeigte sich nicht zuletzt an den organisatorischen Unklarheiten innerhalb der EKD. So konnte selbst *nach* den Kirche-CDU-Gesprächen nicht geklärt werden, in wessen Verantwortung eigentlich seitens der Kirche die Gespräche geführt worden waren. Der „Arbeitskreis Evangelische Akademie“ in dessen Auftrag Hammelsbeck die Gespräche arrangierte, war zwar vom Rat der EKD ausdrücklich anerkannt worden<sup>86</sup>, doch verstand sich die Akademie nach eigenem Selbstverständnis als Organ der Bekennenden Kirche, das deren „Wächteramt [weiterführte M.K.] und in der brüderlichen Kritik gegenüber den Kirchenleitungen und den eigenen Brüdern in den Kirchenleitungen“<sup>87</sup> tätig sein wollte. Die wiederholten Versuche der CDU, vom Rat der EKD Auskunft darüber zu erhalten, in wessen Namen die Gespräche geführt worden seien, wurden offiziell vom Rat nicht beantwortet<sup>88</sup>. Wiederholte Versuche der CDU, eine offizielle Begegnung mit dem Rat der EKD herbeizuführen, scheiterten. Nachdem der Vorschlag zu einem Gespräch im Zusammenhang mit den „Evangelischen Wochen“ in Hannover am 28. Juli 1948, 22 Uhr, von den CDU-Vertretern abgelehnt worden war, kam es erst am 21. März 1950 zu einer Begegnung, an der auch der mittlerweile zum Bundeskanzler gewählte Konrad Adenauer teilnahm.

Die organisatorische Unklarheit innerhalb der EKD hinsichtlich der Frage der Kontakte zu den politischen Parteien sollte weitere Folgen haben: Hans Asmussen hatte zunächst nach dem Kriegsende den Plan für eine „Politische Kammer“ der EKD entwickelt. Als Mitglieder stellte sich Asmussen besonders die Angehörigen des „Freiburger Kreises“ vor, der 1942 die Denkschrift „Politische Gemeinschaftsordnung“ im Auftrag der 2. Vorläufigen Kirchenleitung der Bekennenden Kirche erarbeitet hatte. Besonders der Historiker Gerhard Ritter war jedoch zurückhaltend. Ihm schien die

---

86 Vgl. ebd., S. 392.

87 Zitiert in: M. MÖLLER, Verhältnis (wie Anm. 60), S. 142.

88 Vgl. Evangelisches Zentralarchiv Berlin, 2/277: Schreiben von OKR Ranke an den Württembergischen EOK vom 8. 7. 1948.

Nachrichtenversorgung für solch eine Kammerarbeit ungenügend. Deshalb schlug er zunächst ein an die Freiburger Universität angegliedertes „Pressebüro“ vor, das Constantin von Dietze und ihm als „Kerntruppe einer Gesamtkammer“<sup>89</sup> zuarbeiten könne. Tatsächlich versorgte dann Ritter den Rat der EKD in den nächsten Jahren mit insgesamt sechs Gutachten zur politischen Weltlage<sup>90</sup>. Ab 1949 trat die „Kammer für Öffentliche Verantwortung“ an diese Stelle. Sie geriet sofort nach ihrer Bildung unter dem Vorsitz des CDU-Politikers Robert Tillmanns in eine schwere Krise. Die unterschiedlichen Auffassungen in politischen Fragen ließen zunächst keine fruchtbare Arbeit zu<sup>91</sup>. Kontakte zu Politikern verschiedener Parteien herzustellen, gelang nicht nachhaltig. Die politischen Konflikte im Protestantismus lassen sich anhand der Turbulenzen in der frühen Kammer-Arbeit anschaulich nachzeichnen. Die Vorstellung, ein dem politischen Tagesstreit enthobener Kreis von Fachleuten könne der EKD Vorschläge zu politischen Fragen machen, musste sich als nicht durchführbar erweisen. Gerhard Ritter, der seine Mitarbeit in der Kammer 1951 einstellte, schrieb angesichts des Interviews, das Martin Niemöller der New York Herald Tribune gegeben hatte, und der dort geäußerten scharfen Kritik an der jungen Bundesrepublik: „Wozu haben wir eine ‚Kammer für öffentliche Verantwortung‘, wenn derartige öffentliche Entgleisungen maßgeblicher Kirchenführer trotzdem möglich sind? Diese Erfahrung bestätigt von neuem die Hoffnungslosigkeit unserer ‚Kammer‘“<sup>92</sup>.

Der Vorschlag der Kammer an den Rat der EKD, nach der Konstituierung des Bundestages 1949 in allen politischen Parteien evangelische „Vertrauensmänner“ zu benennen und diese in die Kammer

---

89 Schreiben Gerhard Ritters an Theodor Steltzer vom 24. 11. 1945, Bundesarchiv Koblenz, 1166/490.

90 Vgl. KAISER, Jochen-Christoph: *Geschichtswissenschaft und Politik. Gerhard Ritter und die deutsche Frage 1945–1949*. In: *Pietismus und Neuzeit* 13, 1987, S. 89–102; NOWAK, Kurt: *Gerhard Ritter als politischer Berater der EKD (1945–1949)*. In: CONZEMIUS, Victor u. a. (Hgg.): *Die Zeit nach 1945 als Thema kirchlicher Zeitgeschichte*. Göttingen 1988, S. 235–290.

91 Vgl. bes. *Evangelisches Zentralarchiv Berlin*, 2/1345.

92 Schreiben Gerhard Ritters vom 29. 12. 1948, ebd.

hinein zu kooptieren, sowie seine dringliche Bitte, das Gespräch mit den politischen Parteien zu suchen<sup>93</sup>, wurde vom Rat abschlägig beschieden, jedoch wurde es der Kammer freigestellt, Politiker als Gäste zur Kammer-Arbeit hinzuzubitten<sup>94</sup>.

Wie stark sich jedoch im Protestantismus die Anti-Parteien-Mentalität abzuschwächen begann, macht dann die heftige Kritik an der Obrigkeitsschrift<sup>95</sup> von Bischof Dibelius deutlich. Obwohl mit seiner Schrift besonders die DDR-Regierung gemeint war, verhehlte er mit der Parteienkritik und dem romantisch gebrauchten anachronistischen Begriff der „Obrigkeit“ auch seine Distanz zum parlamentarischen System der Bundesrepublik nicht. Die breite Ablehnungsfront, auf die Dibelius stieß, machte jedoch deutlich, dass sein politisches Verständnis mittlerweile innerhalb der Kirche von einer moderneren Staatsauffassung abgelöst zu werden begann und deshalb kaum noch als repräsentativ gelten konnte.

Interessant ist auch eine Untersuchung der theologischen Reflexion des Parteienstaates in der frühen Bundesrepublik. Eine allgemeine positive Beurteilung des parlamentarischen Systems findet sich kaum. In allen theologischen Entwürfen wurden vielmehr die Gefahren des Parteienstaates beschworen. Über die bedingte theologische Akzeptanz ging in dieser Zeit nur der Sozialethiker Heinz-Dietrich Wendland hinaus: „Auch die immer noch anzutreffende traditionelle christliche Abneigung gegen die Parteien und die Mitarbeit von Christen in diesen muß überwunden werden. ... Die Mängel der Parteien-Demokratien sind leicht zu kritisieren und oft kritisiert worden, doch das Ende der Parteien ist heute auch das Ende der Demokratie ...“<sup>96</sup>.

---

93 Vgl. Protokoll der Kammer-Sitzung vom 3. 10. 1949, ebd.

94 Schreiben OKR Rankes vom 12. 12. 1949, Evangelisches Zentralarchiv Berlin, 2/1345.

95 MOCHALSKI, Herbert (Hg.): Dokumente zur Frage der Obrigkeit. Zur Auseinandersetzung um die Obrigkeitsschrift von Bischof D. Otto Dibelius. Darmstadt 1960.

96 WENDLAND, Heinz-Dietrich, Einführung in die Sozialethik. Berlin 1963, S. 91.

Zu einer bedingten Akzeptanz bei eigentlich grundsätzlicher Ablehnung einer „christlichen“ Partei konnten sich nur konservative Theologen wie Walther Künneth<sup>97</sup> und Helmut Thielicke<sup>98</sup> durchringen, während das Ablehnungsurteil aus dem Lager der bruderrätlichen Theologen eindeutig war.<sup>99</sup>

## 9. Zusammenfassung

Nach der nationalsozialistischen Diktatur und dem Zweiten Weltkrieg stand die deutsche politische Kultur vor einer Situation, die weder einen vollständigen Neuanfang noch gar eine Restauration ermöglichte<sup>100</sup>. Stattdessen kam es zu einem Konstellationswechsel. Im westdeutschen Teilstaat waren die großen Konfessionen zahlenmäßig ungefähr ausgeglichen, die parlamentarische Demokratie wurde wieder eingeführt und die Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich zum Parteienstaat. Wie schwer es war, sich in dieser neuen – nun nicht mehr protestantisch dominierten – Kultur zu rechtzufinden und eine konstruktive Einstellung zu ihr zu entwickeln, ist deutlich geworden.

Dass sich der Protestantismus bei solch ungünstigen Voraussetzungen trotzdem relativ rasch mit dem politischen System der Bundesrepublik zunächst abfand, dann sogar zur Mitarbeit in ihm bereit war, lag an den historischen Entwicklungen, die in der demokratischen aber auch autoritären Führung Adenauers und der „christlichen“ Union als stärkster Regierungspartei mit Ehlers' Einsatz einen verzögerten, milden Abschied von der Mentalität der politischen

---

97 KÜNNETH, Walter: Politik zwischen Dämon und Gott. Eine christliche Ethik des Politischen. Berlin 1954, bes. S. 474f.

98 THIELICKE, Helmut: Ethik II/2. Ethik des Politischen. Tübingen 1956, S. 692ff.

99 Vgl. WOLF, Ernst: Sozialethik. Theologische Grundfragen, hg. von Theodor STROHM. Göttingen <sup>3</sup>1988, S. 163–167.

100 Vgl. in diesem Zusammenhang im Blick auf die kirchlichen Verhältnisse GRE-SCHAT, Martin: Weder Neuanfang noch Restauration. Zur Interpretation der deutschen evangelischen Kirchengeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Büttner, Ursula (Hg.): Das Unrechtsregime. Hamburg 1986, S. 326–357.

Romantik als dominierender protestantischer Sicht der politischen Dinge erlaubten. Die bruderrätliche Richtung des Protestantismus fand schließlich nach dem Zwischenspiel der Notgemeinschaft und GVP in der SPD eine parteipolitische Alternative zur CDU, sodass auch sie sich in den westdeutschen Parteienstaat integrierte. Ihre Kritik an der romantisch gebrauchten Begrifflichkeit des „Christlichen“ in der Politik stellt einen erheblichen Modernisierungsschritt dar, der gerade die damals antikommunistisch ausgerichtete „Abendland“-Rhetorik sowie alle Konzepte politischer Romantik kritisch infrage stellte.

Die enorme gesellschaftliche Rolle, welche die Kirchen noch einmal, gleichsam in einer historischen Nachblüte, in den Fünfziger Jahren in der politischen Kultur der Bundesrepublik spielten, hat das Arrangement mit der zweiten deutschen Republik zweifelsohne erleichtert. Es wurde skizziert, wie sich besonders SPD und FDP um Akzeptanz bei den Kirchen bemühten, gegen die offensichtlich in dieser Zeit nur schwer politische Erfolge zu erzielen waren. Mit dem Godesberger Programm von 1959 gelang es dann der SPD, einen Ausgleich zu den christlichen Kirchen herbeizuführen, während die FDP nur mühsam an die alte Tradition eines politisch-protestantischen Liberalismus anknüpfen konnte.

Die so, nicht zuletzt durch den Status als „Umworbener“, indirekt erreichte Annäherung des Protestantismus an das parlamentarische System wurde jedoch damals nicht theoretisch fundiert. Erst die praktischen Erfahrungen schliffen die Vorbehalte ab. Zu einer Reflexion der politischen Parteien als den zentralen Institutionen in den Mechanismen der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik kam es jedoch nur in rudimentären Ansätzen, was auch als ein stilles und abgeschwächtes Weiterwirken der politischen Romantik und mit ihr der Anti-Parteien-Mentalität hier abschließend interpretiert werden soll. Das Ausbleiben einer protestantischen „Ethik der politischen Parteien“ bis zum heutigen Tage dürfte darin seine Wurzeln haben.